

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Kurth, Brigitte Pothmer, Irmingard Schewe-Gerigk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/10654 –**

**Programm für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut –
Eine Neuformulierung des Dritten Armuts- und Reichtumsberichtes**

- b) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/11637 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/9915 –**

**Lebenslagen in Deutschland –
Dritter Armuts- und Reichtumsbericht**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt nach Auffassung der antragstellenden Fraktion in der Qualität seiner Daten und in seiner Aussagekraft einen Rückschritt dar. Durch willkürliche Datenauswahl und die Präsentation fragwürdiger Ergebnisse bringe die Bundesregierung das Instrument des Armuts- und Reichtumsberichts in Misskredit. Zudem begegne die Bundesregierung der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich sowie der Verfestigung von Armut mit Untätigkeit.

Zu Buchstabe b

Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt nach Angaben der Antragsteller, dass die Armut in Deutschland deutlich zugenommen habe. Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich nehme zu. Die Bundesregierung werde der Aufgabe, die Armut zu bekämpfen, immer weniger gerecht. Wesentliche politische Entscheidungen der letzten Jahre hätten die Spaltung verstärkt. Dazu gehörten die Rentengesetzgebung und zahlreiche Steuerreformen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung nach dem Willen der Antragsteller auffordern,

1. den dritten Armuts- und Reichtumsbericht zu überarbeiten und auf eine aktuelle, solide Datenbasis zu stellen;
2. ein Programm für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut aufzulegen, mit dem unter anderem die Regelleistungen für Sozialleistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz so angepasst werden sollen, dass sie dem sozialstaatlichen Gebot der Deckung des soziokulturellen Existenzminimums für alle Menschen genügen. Die Regelleistung für Erwachsene müsse dafür auf mindestens 420 Euro erhöht, der Anpassungsmechanismus an die Preisentwicklung gekoppelt werden;
3. gemeinsam mit den Bundesländern ein Programm gegen die soziale Selektion in Bildung, Gesundheit und Kultur sowie gezielte Konzepte für Armutsrisikogruppen mit folgenden Inhalten aufzulegen, das unter anderem einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz vom ersten bis zum dritten Lebensjahr für Kinder sowie ein neues Ganztagsschulprogramm vorsehen solle.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10654 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag soll nach dem Willen der Antragsteller die Bundesregierung auffordern,

1. den Armuts- und Reichtumsbericht dahingehend zu überarbeiten, dass repräsentative, aussagekräftige und vergleichbare Daten verwendet werden. Diese sollten unter anderem in den Mittelpunkt der politischen Debatten und Schlussfolgerungen gestellt werden und in einen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung einmünden;
2. unmittelbar wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu ergreifen. Dazu gehöre es, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro pro Stunde einzuführen, die Eckregelsätze der Grundsicherungssysteme umgehend auf 435 Euro zu erhöhen und bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder zu entwickeln;
3. Maßnahmen zu ergreifen, die von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen langfristige Lebensperspektiven jenseits der Armut eröffnen;
4. der zunehmenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen mit einer sozial gerechten Steuerpolitik entgegenzuwirken.

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/11637 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/10654 abzulehnen;
- b) den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11637 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Vorsitzender

Rolf Stöckel
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Rolf Stöckel

A. Allgemeiner Teil

I. Verfahren

1. Überweisungen

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 16/10654** ist in der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Januar 2009 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen worden.

Zu Buchstabe b

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/11637** ist in der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Januar 2009 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit** sowie der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** haben den Antrag auf Drucksache 16/10654 in ihren Sitzungen am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit** sowie der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** haben den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11637 in ihren Sitzungen am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** und der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** haben den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11637 in ihren Sitzungen am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags empfohlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Nach Ansicht der Antragsteller stellt der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung einen Rückschritt in Sachen Datenqualität und Aussagekraft dar. Durch eine willkürliche Datenauswahl und gezielte Präsentation fragwürdiger Ergebnisse habe die Bundesregierung das Instrument des Armuts- und Reichtumsberichts in Misskredit gebracht. Es werde eine neue Datenbasis zugrunde gelegt, welche erstmals vom Statistischen Bundesamt erhoben worden sei. In den vorherigen Berichten seien Daten der ebenfalls amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verwandt worden. Gegenläufige Ergebnisse seien in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung nicht kommuniziert worden. Aufgrund einer veränderten und unzureichenden Datenbasis sei der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht mit den vorhergehenden beiden Berichten nicht vergleichbar. Es werde nicht nur die allgemeine Armutsentwicklung geschönt, auch die Ergebnisse in Bezug auf bestimmte Armutsrisikogruppen entsprächen nicht der Realität.

Die Bundesregierung eröffne in ihrem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht keine Wege zu einem selbstbestimmten Leben ohne Armut. Eine Anpassung der Regelsätze werde verweigert. Darunter litten rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche, deren Eltern Sozialleistungen bezögen. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors bleibe ungebremsst. Nur wenige Arbeitnehmer seien durch Mindestlohn vor Lohn-dumping geschützt. Von einer Balance zwischen Fördern und Fordern könne in der Mehrzahl der Jobcenter nicht gesprochen werden.

Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht solle daher insgesamt von der Bundesregierung überarbeitet und ein Programm für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut aufgelegt werden. Darüber hinaus solle die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern ein Programm gegen die soziale Selektion in Bildung, Gesundheit und Kultur auflegen sowie gezielte Konzepte für Armutsrisikogruppen erstellen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller sehen im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht dramatische Befunde zur Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Die allgemeine Armutsrisikoquote habe seit 1998 um 6 Prozentpunkte zugenommen, die Kinderarmut sogar um 10 Prozentpunkte. Die Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft habe sich verschärft. Diese Entwicklung versuche die Bundesregierung zu beschönigen, indem sie die wenig aussagekräftigen und nicht vergleichbaren Daten der europäischen Datenbasis EU-SILC in den Mittelpunkt des Berichts stelle.

Die Bundesregierung müsse nunmehr den Vierten Armuts- und Reichtumsbericht qualifizieren, unmittelbar wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Situation der Betroffenen ergreifen. Schließlich müsse die Bundesregierung der zunehmenden Ungleichheit der

Einkommen und Vermögen durch eine sozial gerechte Steuerpolitik entgegenwirken.

III. Beratung und Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 116. Sitzung am 11. Februar 2009 den Antrag auf Drucksache 16/10654 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 116. Sitzung darüber hinaus den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/11637 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dem Deutschen Bundestag die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland funktionierten und vor materieller Armut schützten. In den Anträgen werde jedoch grundsätzlich der Bezug von Sozialleistungen mit Armut gleichgestellt. Bezüglich der geforderten Anhebung der Sätze nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch von 351 Euro auf 420 Euro sei das Lohnabstandsgebot zu berücksichtigen. Es dürften keinesfalls Anreize beseitigt werden, eine Beschäftigung aufzunehmen. Wer arbeite, müsse mehr haben als der, der nicht arbeite. Die Anträge der Opposition seien nicht geeignet, zielführend einen Sozialstaat zu gestalten, und würden daher abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ein wichtiges Instrument sei und bleibe. Dieses werde weiterentwickelt; denn nur auf der Grundlage belastbarer Daten und Diagnosen könnten geeignete Maßnahmen entwickelt und Armut aussichtsreich bekämpft werden. Die Verfestigung von Armut könne auch

nicht allein durch Forderungen nach höheren sozialen Leistungen gelöst werden. Man müsse vielmehr weiter daran arbeiten, die ursächlichen Strukturen, die Mentalitäten und die noch immer verbreitete Kultur der ausschließlichen Verwaltung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu beseitigen.

Die **Fraktion der FDP** führte an, dass der dritte Armuts- und Reichtumsbericht mehr Fragen aufwerfe, als er beantworte. Das Kernproblem bestehe darin, dass entscheidende Begrifflichkeiten nicht geklärt würden. Der Armuts- und Reichtumsbericht sollte in Zukunft statt von der Bundesregierung von einem neutralen, externen Gremium wie dem Sachverständigenrat erstellt werden. Dies würde die Diskussion auf eine solide Basis stellen und dazu führen, dass objektiv über Lösungen für die Probleme nachgedacht werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies darauf, dass der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht seiner Aufgabe nicht gerecht werde, da insbesondere die in der öffentlichen Kommunikation betonten EU-SILC-Daten nicht valide seien und die Dramatik der sozialen Polarisierung beschönigten. Die Strukturen der Reichtumsverteilung seien nicht substanziell erfasst. Ebenfalls deutlich weiterzuentwickeln seien die Ausführungen zur verdeckten Armut. Im vorherigen Bericht habe es dazu eine gründlichere Analyse gegeben. Es sei zudem zu kritisieren, dass die Regierung zur Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung keine konkreten und verbindlichen Ziele setze.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass die im Bericht verwendeten EU-SILC-Daten qualifiziert werden müssten. An den Daten sei unter anderem zu kritisieren, dass selbstgenutztes Wohneigentum in der Statistik nicht als Einkommen geführt werde. Auch die erhebliche Reduktion der Zahl der von Wohnungslosigkeit Betroffenen sei so nicht nachvollziehbar. Zu den Schlussfolgerungen sei zu sagen, dass es zwar richtig sei, Erwerbstätigkeit als Schlüssel für die Bekämpfung von Armut anzusehen. Sie reiche aber nicht aus, um vor Armut zu schützen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Rolf Stöckel
Berichterstatte

